

**November 2021**

---

Eine repräsentative Studie zur politischen Stimmung im  
Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT



# ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

## Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	1
Deutliche Mehrheit sieht großen Handlungsbedarf beim Klimaschutz .....	2
Klimaschutz: unverändert große Zweifel an internationaler Staatengemeinschaft.....	3
Zwei Drittel für mehr klimapolitische Anstrengungen der deutschen Politik .....	4
Sechs von zehn mit allenfalls geringfügig geänderter Lebensweise .....	5
Corona: Sorge vor neuen Einschränkungen und Überlastung des Gesundheitssystems.....	6
Corona-Maßnahmen: wachsender Zuspruch für strengere Regeln.....	7
Unterstützung für allgemeine Impfpflicht gewachsen .....	8
Zwei Drittel spüren Preissteigerungen .....	9
Sonntagsfrage: Union nach der Bundestagswahl im Stimmungstief .....	10
Politikerzufriedenheit: Merkel auch zum Amtsende populärste Politikerin.....	11
Studieninformation.....	12

## Zusammenfassung

Noch bis Mitte November verhandeln Vertreter von über 200 Staaten auf der 26. UN-Klimakonferenz in Glasgow über Verbesserungen im Klimaschutz. Die Notwendigkeit von Fortschritten im Klimaschutz wird in Deutschland von den meisten Bürgern geteilt: 83 Prozent sehen einen sehr großen bzw. großen Handlungsbedarf. Gleichzeitig sind ihre Erwartungen an das globale Zusammenwirken in Klimafragen jedoch begrenzt. Nur 14 Prozent trauen es der internationalen Staatengemeinschaft zu, die sich aus dem Klimawandel ergebenden Probleme bewältigen zu können. Acht von zehn stellen dies in Zweifel. Als Hindernis für einen wirksameren globalen Klimaschutz gilt aus Sicht der Deutschen vor allem eine zu starke Orientierung an nationalen Interessen. Allerdings machen die Bundesbürger nicht nur in der internationalen Zusammenarbeit Defizite aus. So vertritt nur jeder Fünfte die Ansicht, die Politik in Deutschland kümmere sich angemessen um Fragen des Klimaschutzes. Zwei Drittel sehen stattdessen die Notwendigkeit verstärkter klimapolitischer Anstrengungen. Lediglich etwa jeder Zehnte fordert, das Engagement auf diesem Feld in Deutschland zurückzufahren. Potenziale für einen besseren Klimaschutz bestehen nicht zuletzt aber bei den Bürgerinnen und Bürgern. Jeder Vierte gibt zwar an, seine persönliche Lebensweise für einen besseren Klimaschutz bereits umfassend angepasst zu haben. Sechs von zehn signalisieren jedoch, bislang allenfalls geringfügige Änderungen an der eigenen Lebensweise vorgenommen zu haben. Nur jeder Sechste schließt für sich auch künftig jegliche Änderungen im Lebensstil aus bzw. will dies allenfalls von stärkeren Anreizen bzw. eindeutigeren Regeln seitens der Politik abhängig machen.

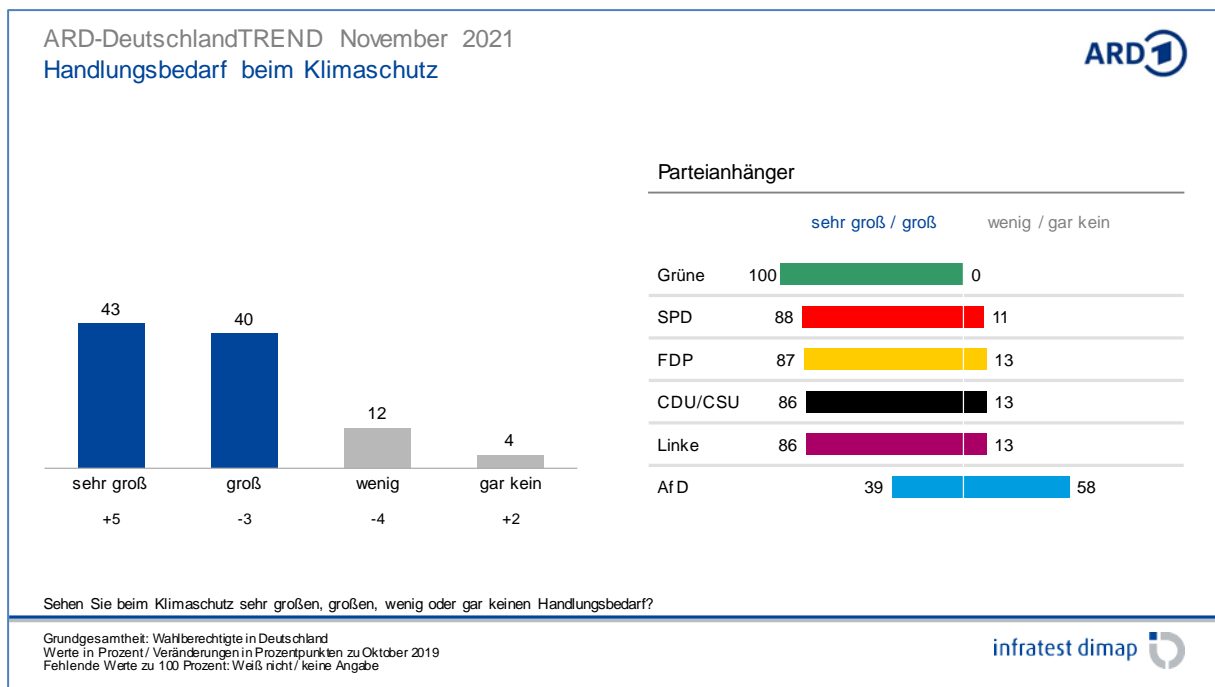
Mit zuletzt deutlich ansteigenden Corona-Infektionszahlen rückt die Pandemie auf der politischen Agenda in Deutschland wieder nach vorn. Die Sorge, sich selbst mit dem Virus anzustecken, treibt derzeit nur jeden Vierten um. Stärker als die eigene Infektion beunruhigen die Deutschen mögliche Ansteckungen bei bislang ungeimpften Kindern sowie schwerere Corona-Erkrankungen bei Älteren. Zudem sind sie sichtbar in Sorge, dass wegen des Infektionsgeschehens einerseits das öffentliche Leben in den kommenden Wochen erneut eingeschränkt werden, andererseits das Gesundheitswesen in Deutschland an seine Grenzen stoßen könnte. Aus den steigenden Infektionszahlen leitet sich für die Mehrheit bislang noch kein unmittelbarer Handlungsbedarf ab. So bezeichnet knapp die Hälfte die aktuell in Deutschland geltenden Corona-Maßnahmen als weiterhin angemessen, während sie für jeden Vierten bereits jetzt zu weit gehen. Allerdings ist der Zuspruch für strengere Regeln binnen eines Monats deutlich gewachsen. Drei von zehn und damit doppelt so viele wie noch Anfang Oktober empfinden die bestehenden Regeln mittlerweile als nicht mehr weitgehend genug. Angesichts zuletzt nur noch langsam steigender Impfquoten findet in Deutschland nicht nur eine Impfpflicht für bestimmte Berufsgruppen wie z.B. im Gesundheits- und Pflegebereich großen Zuspruch. Auch die Unterstützung für eine allgemeine Corona-Impfpflicht ist von zuletzt 46 auf nunmehr 57 Prozent gestiegen.

Neben den Corona-Infektionszahlen bestimmen die steigenden Verbraucherpreise gegenwärtig die Schlagzeilen. Nur ein Drittel der Bundesbürger gibt an, bei ihnen hätte sich der Preisanstieg bislang wenig oder kaum bemerkbar gemacht hat. Zwei Drittel berichten demgegenüber von spürbaren Mehrausgaben, darunter erwartungsgemäß überdurchschnittlich viele aus Haushalten mit niedrigeren Einkommen.

Knapp sechs Wochen nach der Bundestagswahl befindet sich die Union weiter im Stimmungstief. Bei einer Wahl zum jetzigen Zeitpunkt käme die CDU/CSU auf 21 Prozent und bliebe damit hinter ihrem Ergebnis vom 26. September zurück (24,1 Prozent). Die Sozialdemokraten lägen mit derzeit 27 Prozent etwas besser als bei der Bundestagswahl (25,7 Prozent), Grüne und Liberale mit 16 bzw. 13 Prozent ebenfalls. Die AfD würde mit 10 Prozent (10,3 Prozent) und die Linke mit 5 Prozent derzeit ähnlich abschneiden wie zur Bundestagswahl. Alle übrigen Parteien kämen zusammen auf 8 Prozent.

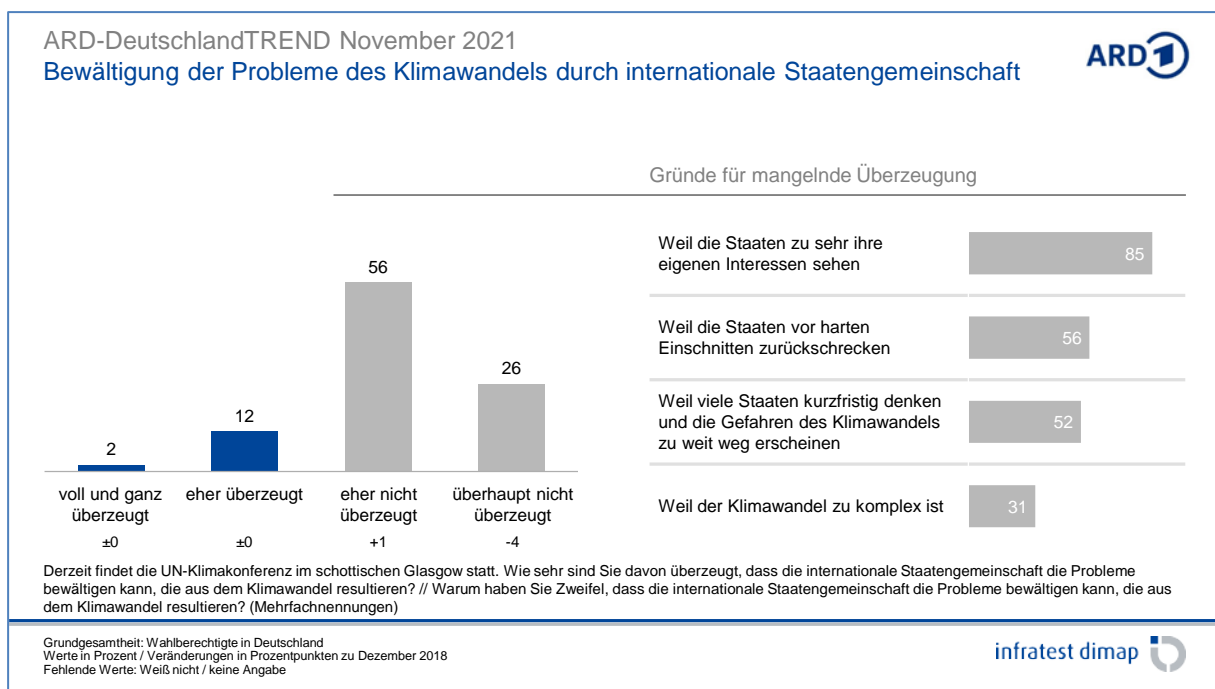
## Deutliche Mehrheit sieht großen Handlungsbedarf beim Klimaschutz

Noch bis Mitte November verhandeln Vertreter von über 200 Staaten auf der 26. UN-Klimakonferenz in Glasgow über Verbesserungen im Klimaschutz. Die Notwendigkeit von Fortschritten im Klimaschutz wird in Deutschland von den meisten Bürgern geteilt. Kaum verändert zum Herbst vor zwei Jahren sehen 83 Prozent (+2) einen sehr großen bzw. großen Handlungsbedarf. Für 16 Prozent (-2) besteht dagegen wenig oder kein Handlungsbedarf. Mit Ausnahme der AfD-Anhänger wird die Bedeutung eines besseren Klimaschutzes weiterhin mehrheitlich von den Wählern aller Parteien anerkannt.



## Klimaschutz: unverändert große Zweifel an internationaler Staatengemeinschaft

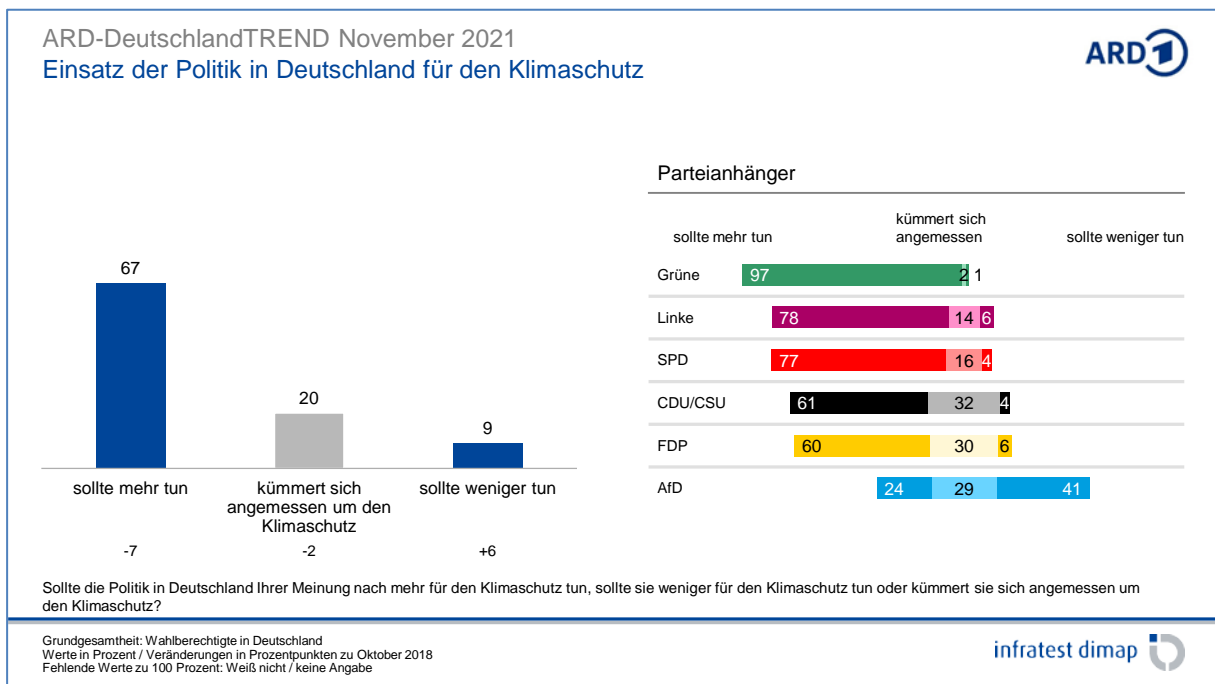
Während die Deutschen die Notwendigkeit eines besseren Klimaschutzes kaum in Frage stellen, bleiben ihre Erwartungen an das globale Zusammenwirken in Klimafragen begrenzt. Wie schon zur 24. UN-Klimakonferenz im polnischen Kattowitz vor drei Jahren trauen derzeit nur 14 Prozent der internationalen Staatengemeinschaft zu, die sich aus dem Klimawandel ergebenden Probleme bewältigen zu können. Gut acht von zehn (82 Prozent) stellen dies weiterhin in Zweifel. Die jüngeren Bundesdeutschen sind in dieser Frage optimistischer als die Älteren. Aber auch unter ihnen überwiegt die Skepsis deutlich.



Als Hindernis für einen wirksameren globalen Klimaschutz gilt aus Sicht der Deutschen vor allem eine zu starke Orientierung der Staaten an ihren eigenen nationalen Interessen (85 Prozent). Gut die Hälfte (56 Prozent) sieht den internationalen Klimaschutz dadurch ausgebremst, dass die Staaten vor allzu harten Einschnitten zurückschrecken. Kaum minder viele (52 Prozent) betrachten kurzfristiges Denken und die Langfristigkeit der Klimagefahren als maßgeblich für zu geringe Fortschritte beim globalen Klimaschutz. Die Komplexität des Klimawandels bewerten dagegen nur 31 Prozent als zentrale Hürde.

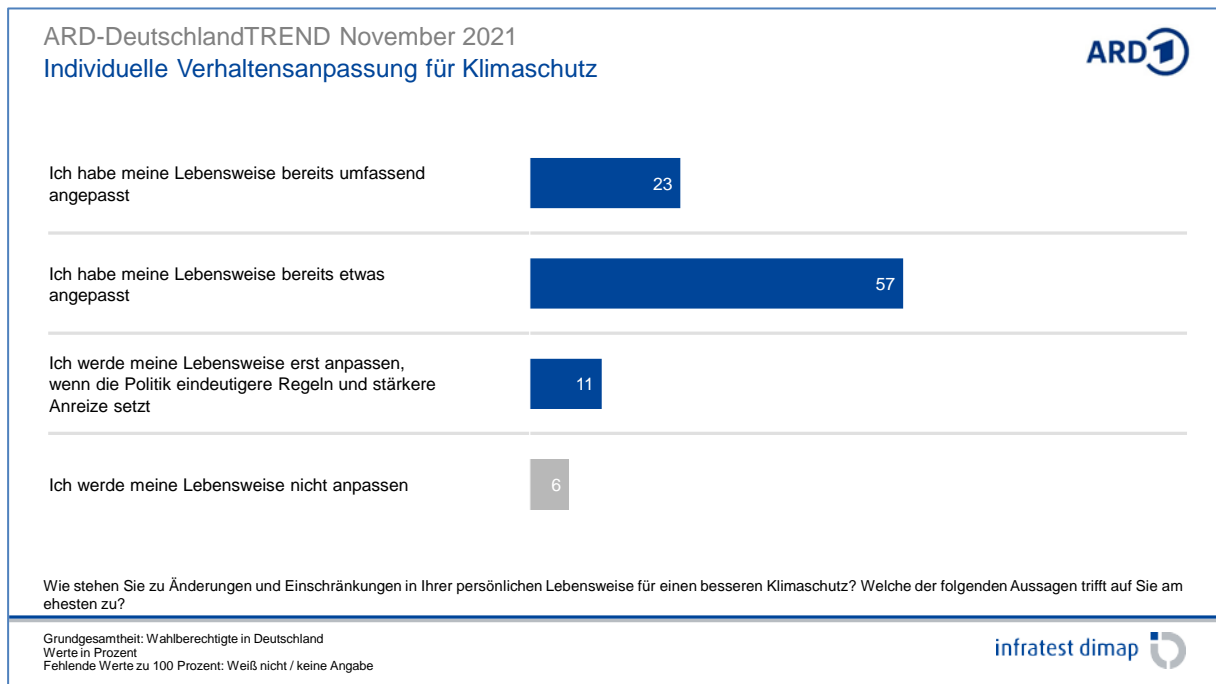
## Zwei Drittel für mehr klimapolitische Anstrengungen der deutschen Politik

Defizite beim Klimaschutz bestehen aus Sicht der Bundesbürger nicht nur in der internationalen Zusammenarbeit, sondern nach wie vor auch in der deutschen Politik. So vertritt nur jeder Fünfte (20 Prozent) die Ansicht, die hiesige Politik kümmere sich bereits angemessen um Fragen des Klimaschutzes. Zwei Drittel (67 Prozent) fordern stattdessen verstärkte klimapolitische Anstrengungen der deutschen Politik. Die Zahl der Fürsprecher rückläufiger klimapolitischer Anstrengungen ist in den vergangenen zwei Jahren gewachsen, allerdings nur auf niedrigem Niveau. Lediglich etwa jeder zehnte Wahlberechtigte (9 Prozent), darunter vier von zehn AfD-Anhängern (40 Prozent), setzt auf ein schwächeres Engagement auf diesem Feld.



## Sechs von zehn mit allenfalls geringfügig geänderter Lebensweise

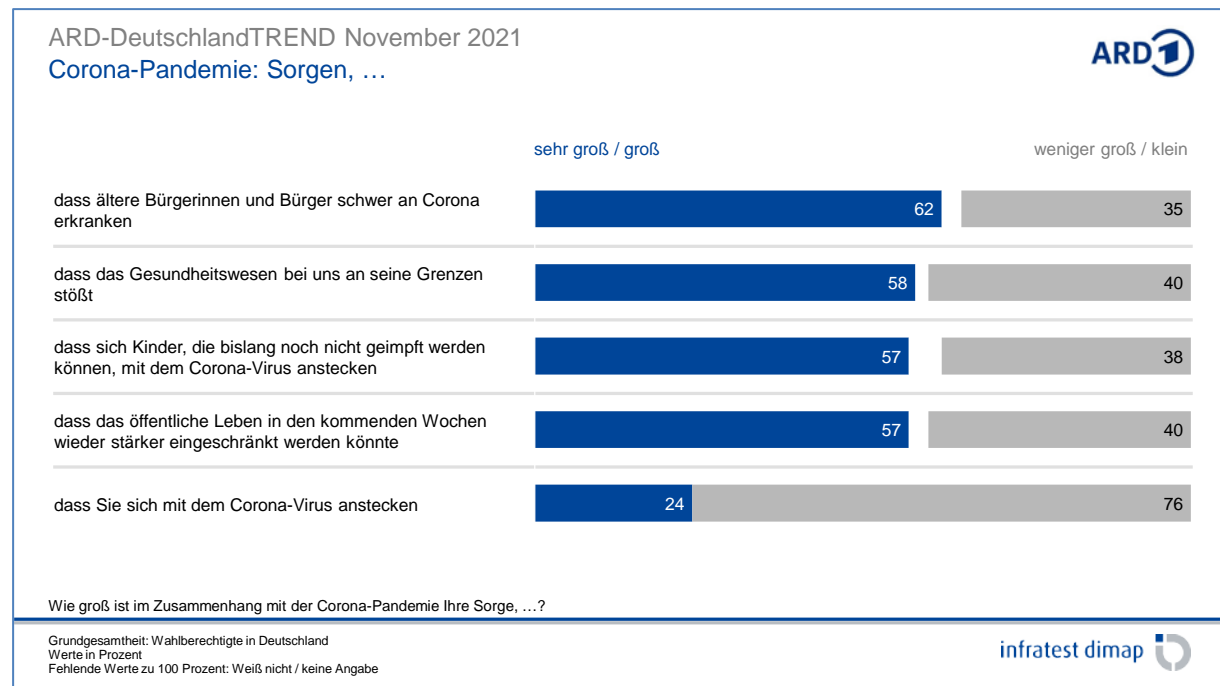
Potenziale für einen besseren Klimaschutz bestehen nicht zuletzt bei den Bürgerinnen und Bürgern. Jeder Vierte (23 Prozent) gibt zwar an, seine persönliche Lebensweise für einen besseren Klimaschutz bereits umfassend angepasst zu haben. Sechs von zehn (57 Prozent) signalisieren jedoch, bislang allenfalls geringfügige Änderungen in der eigenen Lebensweise vorgenommen zu haben. Nur jeder Sechste (17 Prozent) schließt für sich auch künftig jegliche Änderungen im Lebensstil aus (6 Prozent) bzw. will damit warten, bis die Politik stärkere Anreize bzw. eindeutiger Regeln setzt (11 Prozent).





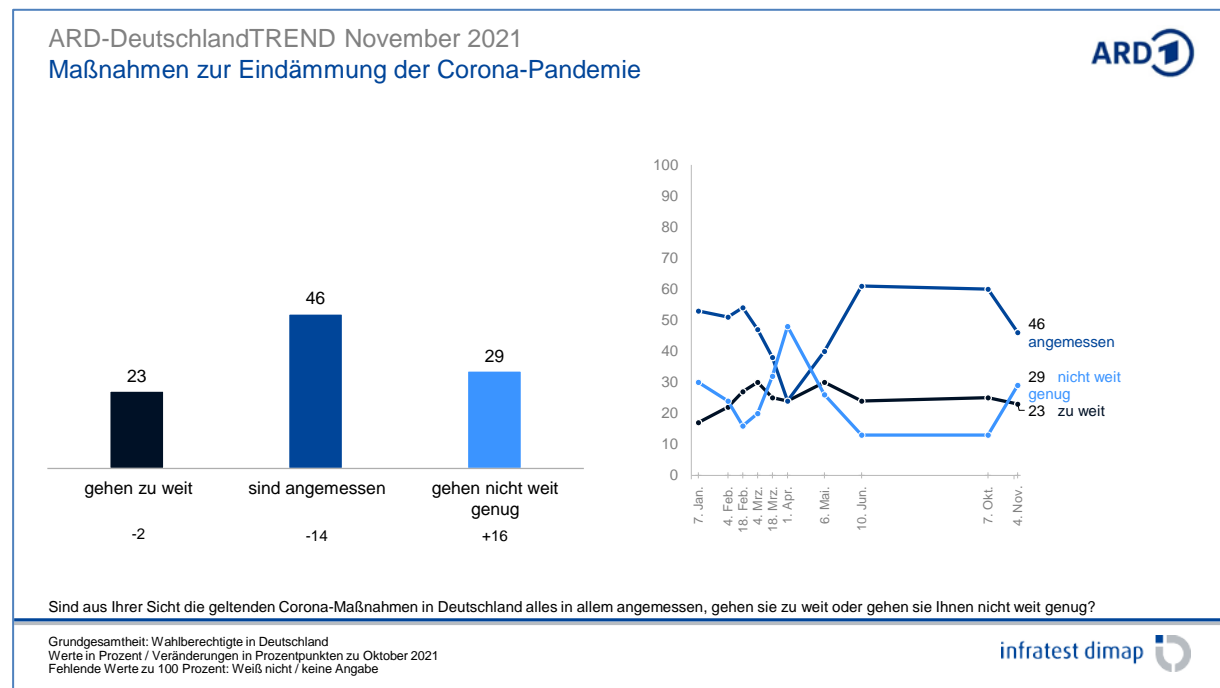
## Corona: Sorge vor neuen Einschränkungen und Überlastung des Gesundheitssystems

Mit zuletzt erneut deutlich steigenden Corona-Infektionszahlen rückt die Pandemie auf der politischen Agenda in Deutschland wieder nach vorn. Die Sorge, sich selbst mit dem Virus anzustecken, treibt derzeit nur jeden vierten Wahlberechtigten (24 Prozent) um. Stärker als die eigene Infektion beunruhigen die Deutschen allerdings mögliche Ansteckungen bei bislang ungeimpften Kindern (57 Prozent) sowie schwerere Corona-Erkrankungen bei älteren Bürgern (62 Prozent). Zudem sind die Bundesbürger sichtbar in Sorge, dass wegen des Infektionsgeschehens einerseits das öffentliche Leben in den kommenden Wochen erneut eingeschränkt werden (57 Prozent), andererseits das Gesundheitswesen in Deutschland an seine Grenzen stoßen könnte (58 Prozent).



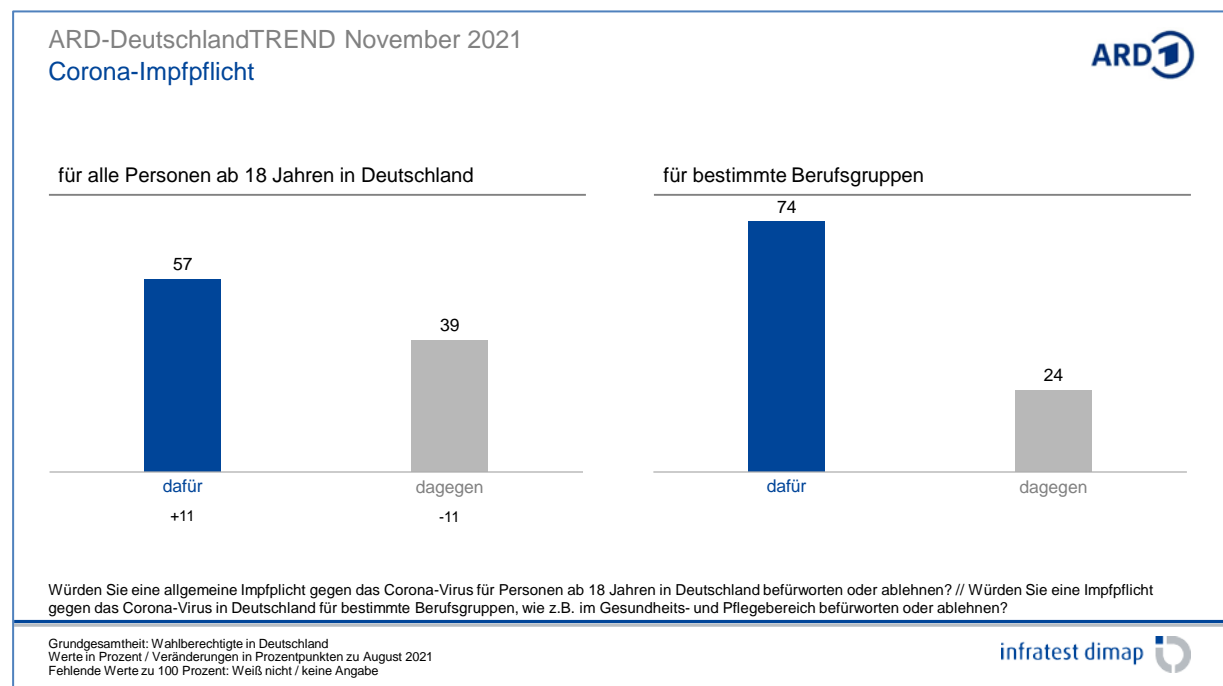
## Corona-Maßnahmen: wachsender Zuspruch für strengere Regeln

Aus den aktuell steigenden Infektionszahlen leitet sich für die Mehrheit der Bundesbürger bislang noch kein unmittelbarer Handlungsbedarf ab. Knapp die Hälfte (46 Prozent; -14) bezeichnet die in Deutschland geltenden Corona-Maßnahmen als weiterhin angemessen, während sie für jeden Vierten (23 Prozent; -2) bereits jetzt zu weit gehen. Allerdings ist der Zuspruch für strengere Regeln binnen eines Monats deutlich gewachsen: Drei von zehn (29 Prozent; +16) und damit doppelt so viele wie noch Anfang Oktober empfinden die bestehenden Regeln mittlerweile als nicht mehr weitgehend genug.



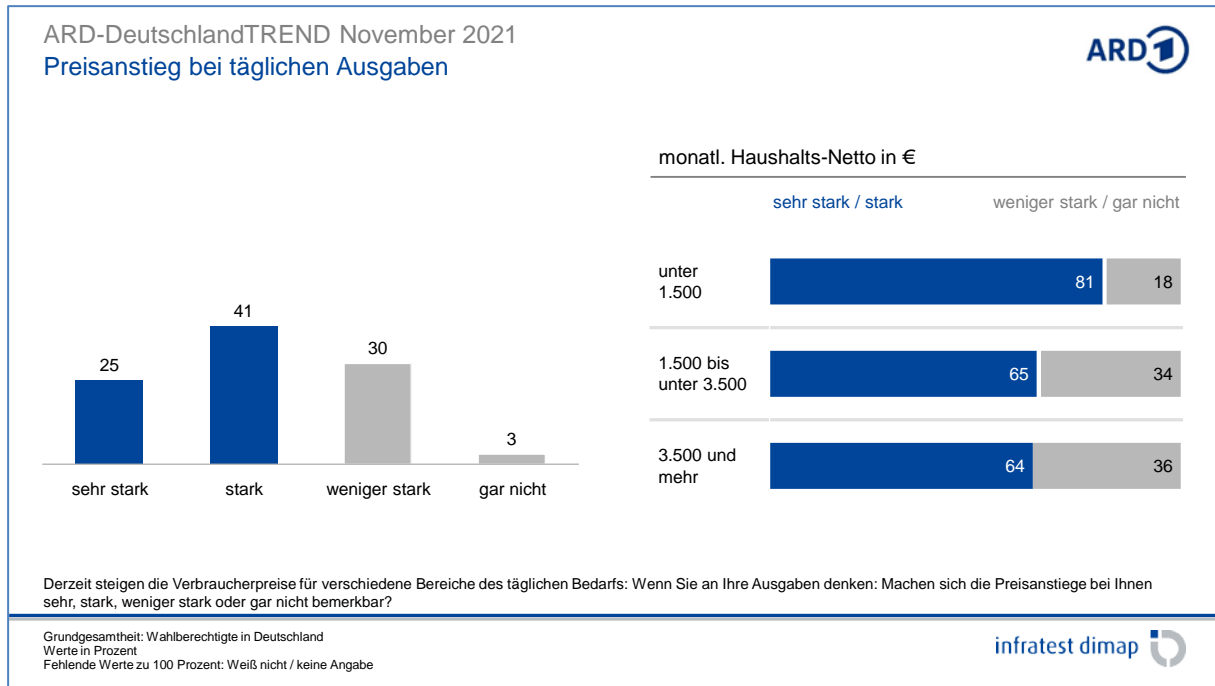
## Unterstützung für allgemeine Impfpflicht gewachsen

Angesichts zuletzt nur noch langsam steigender Impfquoten findet in Deutschland mit 74 Prozent nicht nur eine Impfpflicht für bestimmte Berufsgruppen wie z.B. im Gesundheits- und Pflegebereich großen Zuspruch. Auch die Unterstützung für eine allgemeine Corona-Impfpflicht wächst: Nach 46 Prozent im August sprechen sich derzeit 57 Prozent (+11) dafür aus. Vier von zehn (39 Prozent; -11) äußern sich ablehnend. Vor drei Monaten war es noch die Hälfte. Die größte Unterstützung findet eine allgemeine Impfpflicht in den Reihen von Union (73 Prozent) und SPD (71 Prozent). Auch bei den Anhängern von FDP (53:44 Prozent) und Grünen (56:42 Prozent) überwiegt die Zustimmung, während die Linken-Wähler (45:55 Prozent), vor allem aber die der AfD (22:71 Prozent) eine allgemeine Impfpflicht mehrheitlich ablehnen.



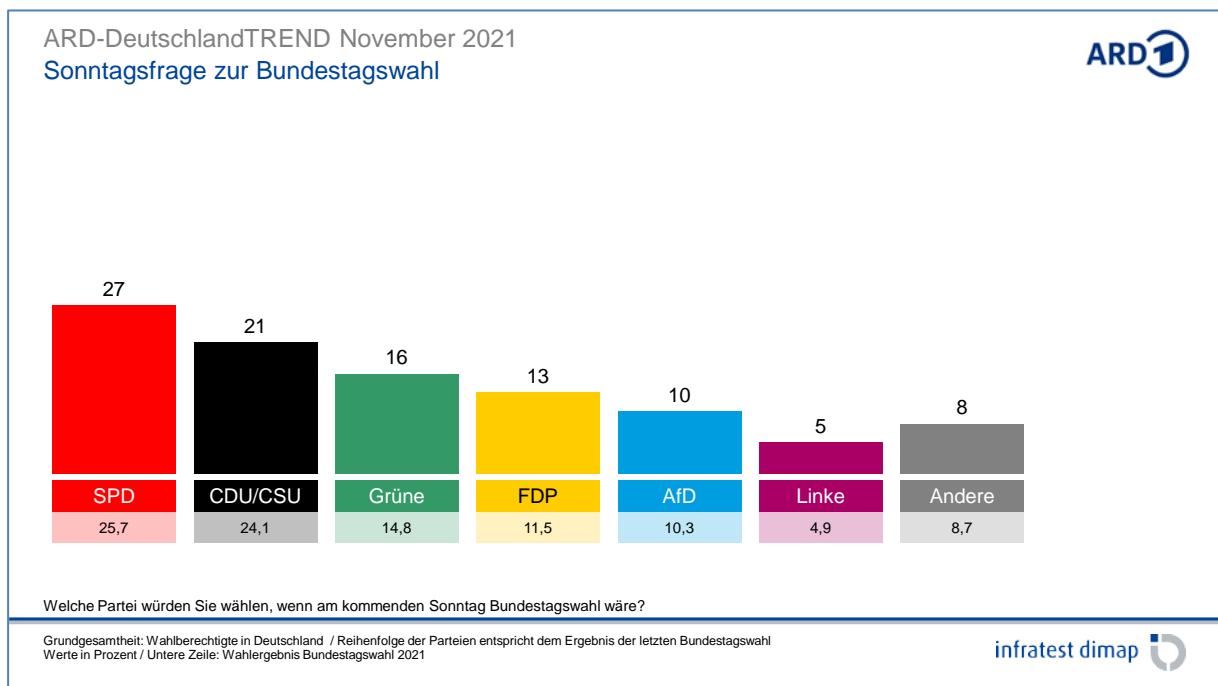
## Zwei Drittel spüren Preissteigerungen

Neben den wieder stark wachsenden Corona-Infektionszahlen bestimmen gegenwärtig steigende Verbraucherpreise die Schlagzeilen. Nur ein Drittel der Bundesbürger (33 Prozent) gibt an, bei ihnen hätte sich der Preisanstieg bislang wenig oder kaum bemerkbar gemacht hat. Zwei Drittel (66 Prozent) berichten demgegenüber von spürbaren Mehrausgaben, darunter erwartungsgemäß überdurchschnittlich viele aus Haushalten mit niedrigeren Einkommen.



## Sonntagsfrage: Union nach der Bundestagswahl im Stimmungstief

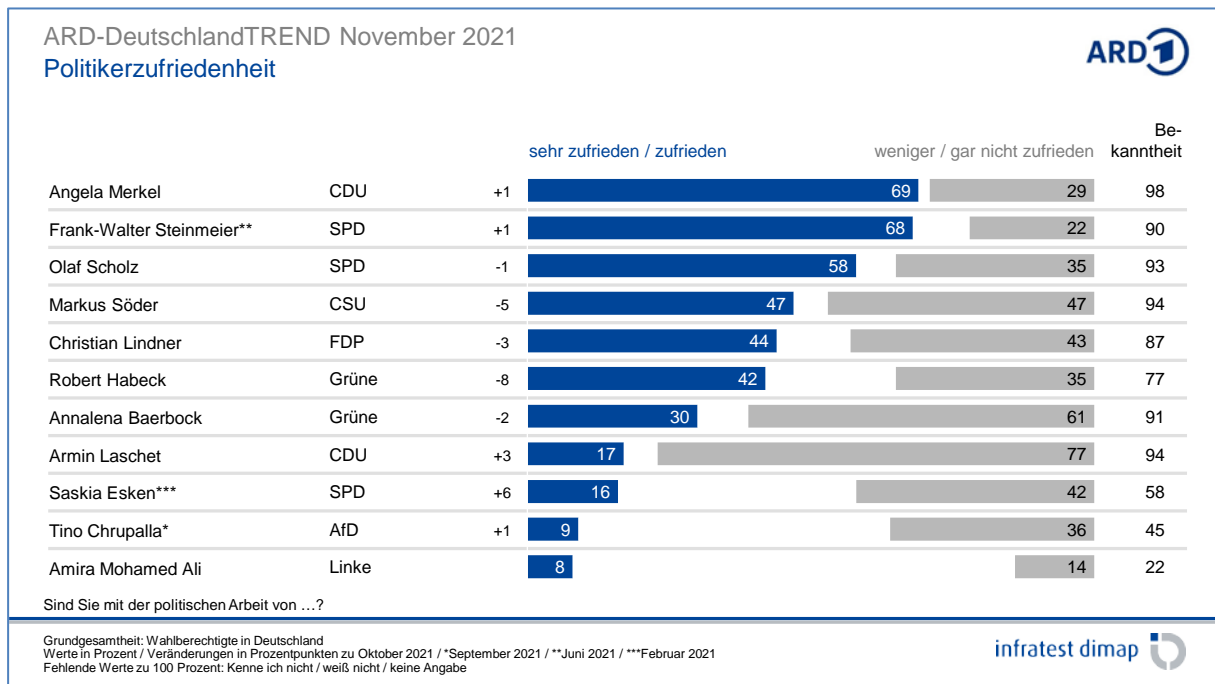
Knapp sechs Wochen nach der Bundestagswahl befindet sich die Union weiter im Stimmungstief. Bei einer Wahl zum jetzigen Zeitpunkt käme die CDU/CSU auf 21 Prozent und bliebe damit hinter ihrem Ergebnis vom 26. September zurück (24,1 Prozent). Die Sozialdemokraten lägen mit derzeit 27 Prozent etwas besser als bei der Bundestagswahl (25,7 Prozent), Grüne und Liberale mit 16 bzw. 13 Prozent ebenfalls. Die AfD würde mit 10 Prozent (10,3 Prozent) und die Linke mit 5 Prozent derzeit ähnlich abschneiden wie zur Bundestagswahl. Alle übrigen Parteien kämen zusammen auf 8 Prozent.



Die Sonntagsfrage zur Bundestagswahl misst aktuelle Parteipräferenzen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

## Politikerzufriedenheit: Merkel auch zum Amtsende populärste Politikerin

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat Ende Oktober vom Bundespräsidenten die Entlassungsurkunde erhalten und ist wie ihr Kabinett nur noch geschäftsführend im Amt. Auch zu ihrem Amtsende ist Angela Merkel die populärste Parteipolitikerin und erhält mit 69 Prozent (+1) einen ähnlich großen Zuspruch wie Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (68 Prozent; +1 zu Juni). Zum möglichen Merkel-Nachfolger im Kanzleramt, Olaf Scholz, äußern sich kaum verändert zu Anfang Oktober, sechs von zehn (58 Prozent; -1) zufrieden.



Alle anderen Politiker folgen im Bevölkerungsurteil mit deutlichem Abstand. CSU-Ministerpräsident Markus Söder (47 Prozent; -5) überzeugt knapp jeden zweiten Wahlberechtigten. FDP-Vorsitzender Christian Lindner (44 Prozent; -3) und Grünen-Vorsitzender Robert Habeck (42 Prozent; -8) finden jeweils Zuspruch bei vier von zehn Wahlberechtigten. Deutlich dahinter zurück bleibt Grünen-Co-Vorsitzende Annalena Baerbock, zu der sich 30 Prozent (-2) wohlwollend äußern. Mit der Arbeit des Unions-Kanzlerkandidaten und Noch-CDU-Vorsitzenden Armin Laschet sind 17 Prozent (+3) zufrieden, mit der Arbeit der SPD-Vorsitzenden Saskia Esken 16 Prozent (+6 zu Februar). Auf den letzten Plätzen im Bevölkerungsurteil landen die Fraktionsvorsitzenden von AfD und Linken, Tino Chrupalla (9 Prozent; +1 zu September) und Amira Mohamed Ali (8 Prozent). Die Linken-Politikerin ist allerdings nur jedem Fünften ein Begriff.

## ARD–DeutschlandTREND November 2021

Repräsentative Studie zur politischen Stimmung im Auftrag  
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

### Studieninformation

---

Autorin WDR	Ellen Ehni	0221 220-1800
Redakteurin WDR	Claudia Müller	0221 220-1800
Betreuung infratest dimap	Roberto Heinrich	030 533 22-0
Grundgesamtheit	Wahlberechtigte in Deutschland	
Erhebungsmethode	Zufallsbasierte Telefon*- und Online-Befragung *davon: 60% Festnetz, 40% Mobilfunk	
Fallzahl	1.329 Befragte (869 Telefoninterviews und 460 Online-Interviews)	
Gewichtung	nach soziodemographischen Merkmalen und Rückerinne- rung Wahlverhalten Sonntagsfrage mit separater Gewichtung	
Erhebungszeitraum	02. bis 03. November 2021	
Schwankungsbreite	1.000 Befragte: 2* bis 3** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 10 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut	infratest dimap	
Ansprechpartner infratest dimap	Dr. Nico A. Siegel	030 53322-0
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3
	Roberto Heinrich	030 533 22-0